

Prag: Wirtschaftliche Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

Die Rettungspakete COVID I und COVID II, die die tschechische Regierung vorstellte und die Unternehmen durch zinslose Krediten in einer Gesamthöhe von umgerechnet 1,34 Milliarden Euro dabei helfen sollen, die aktuelle schwierige Situation im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu überbrücken, werden teilweise mit EU-Geldern finanziert, konkreter aus dem "Operationellen Programm Unternehmen und Innovation". Die Unternehmen, die in der tschechischen Hauptstadt tätig sind, sind jedoch von diesen Hilfspaketen völlig ausgeschlossen. Die tschechische Hauptstadt Prag wird als eine reiche europäische Region eingestuft und hat daher keinen Anspruch auf Gelder aus diesem EU-Programm. Da in Prag jedoch ein Viertel des gesamten tschechischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird und viele Branchen, wie beispielsweise der Tourismus und die Gastronomie, die in Prag so wichtig sind, plötzlich komplett paralysiert wurden, brauchen die Prager Unternehmen viel mehr Unterstützung und Hilfe als vergleichbare Unternehmen in anderen tschechischen Regionen.

Prag auf sich selbst gestellt

Da die Stadt Prag auf die staatlichen Rettungspakete keinerlei Anspruch hat, musste die Stadtregierung allein, schnell und effektiv agieren, um den Unternehmen zu helfen. Die Stadtregierung billigte ein eigenes Programm "COVID Praha" und stellte damit 600 Millionen Tschechische Kronen (circa 23 Millionen Euro) zur Verfügung. Ursprünglich wurde mit einem Betrag in Höhe von 1 Milliarde Kronen (circa 38,5 Millionen Euro) gerechnet. Für die restlichen 400 Millionen Tschechische Kronen (circa 15,4 Millionen Euro) sollte das Ministerium für Handel und Industrie aufkommen. Dies ist jedoch bis dato nicht geschehen. Die vom Lockdown betroffenen Firmen können sich im Rahmen dieses Programms an die "Tschechisch-Mährische Bank für Garantie und Entwicklung" wenden, wo sie um Kredite in einer Maximalhöhe von 15 Millionen Tschechischen Kronen pro KreditnehmerIn (circa 577.000 Euro) ansuchen können. Die Stadt Prag wird für bis zu 80 Prozent dieser Summe haften. Da diese Summe für die Ankurbelung der Prager Wirtschaft absolut unzureichend ist, verspricht der Minister für Handel und Industrie Karel Havlíček (ANO-JA) ein neues Rettungspaket "COVID III", das nur für Prager Unternehmen bestimmt sein soll. Im Rahmen dieses Pakets sollen diesen Firmen 2 Milliarden Tschechische Kronen (circa 77 Millionen Euro) in Form

von Krediten zur Verfügung gestellt werden. Wann das Geld freigegeben wird und ab wann Firmen Anträge stellen können, wurde nicht konkretisiert.

Neue Gebührenpolitik

Daneben unterstützt die Prager Stadtregierung die lokalen Unternehmen mit weiteren Vorkehrungen, die ihnen das Überleben vereinfachen sollen. Bis Ende des Jahres werden alle Gebühren für Schanigärten erlassen. Ferner müssen die UnternehmerInnen keine Gebühren entrichten, wenn sie ihre Waren draußen auf den Straßen anbieten. Dies betrifft sowohl Restaurants, Bistros, als auch alle Marktstände. Die Bürokratie wird in diesen Fällen ebenso vereinfacht werden. Es reicht eine elektronische Voranmeldung. Einzige Bedingung ist, dass solche Verkaufsstellen das Durchkommen auf den Gehwegen nicht blockieren. Mit dem Erlass dieser Gebühren werden der Stadt Einnahmen von rund 200 Millionen Tschechischen Kronen (circa 7,7 Millionen Euro) entgehen.

Partei

ANO: JA (Mitte)

Quellen

Irozhlas.cz (Webportal des öffentlichen "Tschechischen Rundfunks",
www.irozhlas.cz)
prazsky.denik.cz (Webportal der Tageszeitung "Pražský deník",
<https://prazsky.denik.cz>)